

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

An das
Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport
Abt. II, Ref 23
Heinrich - Mann - Allee 107
14473 Potsdam

Zuwendungen des Landes Brandenburg

| 1. Antragsteller | |
|---|---------------------|
| Name/Bezeichnung: | |
| Anschrift: | |
| Auskunft erteilt: (Name/Tel./E-Mail) | |
| Bankverbindung: | IBAN: |
| Bezeichnung des Kreditinstituts: | BIC: |

| 2. Maßnahme | |
|-----------------------|--|
| Bezeichnung | Maßnahme gemäß Projektliste „Förderung von Modellmaßnahmen und innovativen Projekten im Rahmen der Jugendhilfe“ hier: Förderung der Praxisberatung |
| Durchführungszeitraum | |

| 3. Gesamtkosten | |
|---|--|
| laut beiliegender Kostengliederung (in Euro) | |
| Beantragte Zuwendung (in Euro) | |

| 4. Finanzierungsplan | |
|---|-------------|
| | - in Euro - |
| 4.1 Gesamtkosten (Nr. 3) | |
| 4.2. Eigenanteil | |
| 4.3. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung) | |
| 4.4. Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch | |
| 4. 5. Beantragte Zuwendung (Nr. 3 und 5) | |

| 5. Beantragte Förderung | | |
|----------------------------------|--------------------------------|-----------------------------------|
| einzelne Kostenpositionen | Zuwendung (in Euro) | v. H. der Gesamtkosten |
| | | |
| Summe | | |

6. Begründung

6.1. zur Notwendigkeit der Maßnahme (Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs oder in vorhergehenden oder folgenden Jahren, Nutzen)

| Anzahl der Kinder | Kindertageseinrichtungen | Kindertagespflegestellen |
|-------------------|--------------------------|--------------------------|
| | | |

Angaben ggf. auf gesondertem Blatt fortführen

6.2. zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung
(u. a. Eigenmittel, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. finanzielle- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(u. a. Folgekosten)

8. Anlagen

- Satzung
- Auszug aus dem Vereinsregister
- Konzeption des Trägers der Maßnahme
- Kosten- und Finanzierungsplan**

9. Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird das MBJs personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags. Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz. Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie jederzeit auf Anforderung in Papierform oder es steht Ihnen auf der Internetseite des MBJs zur Verfügung (LINK: https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/merkblatt_zum_datenschutz_im_rahmen_von_zuwendungsverfahren.pdf).

- Der Hinweis zum Datenschutz wurden zur Kenntnis genommen und es wird sich damit einverstanden erklärt.

10. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- die Fachkraft eine für den Kindertagesbetreuungsbereich einschlägige Ausbildung und Berufserfahrung im Tätigkeitsfeld besitzt sowie an einer Fortbildung zur Praxisberatung teilgenommen hat, sich in einer solchen befindet oder über eine gleichartige und gleichwertige Qualifikation verfügt.
- die Fachkraft insgesamtStunden/Woche und davon mit % Anteil Arbeitszeit für Praxisberatung tätig ist, (Bei Neuanträgen bzw. Personalwechsel bitte Nachweis beifügen, z.B. Stellenplan, Arbeitsplatzbeschreibung*)
- **neben** den Aufgaben der Praxisberatung das Arbeitsgebiet noch folgende Tätigkeiten umfasst:
 - gleich % Anteil Arbeitszeit
 - gleich % Anteil Arbeitszeit.
- die Fachkraft gegenüber den zu Beratenden keine Weisungsbefugnis und Aufsichtsfunktion besitzt.
- die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind und das insbesondere alle mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden,
- er im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug
 - nicht berechtigt ist,
 - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt wurde (Preise ohne Umsatzsteuer)
- die Angaben in den vorgelegten Unterlagen subventionserheblich sind und dass die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gemäß § 264 StGB bekannt ist,
- der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen mitgeteilt werden, die Auswirkungen auf die Leistung haben können (z. B. zusätzliche Eigenmittel, Förderung Dritter, Investitionszulagen ...),

- unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche
Unterschrift

*) Antragsteller, die mehrere Fachkräfte beschäftigen, fügen bitte für jede Fachkraft eine separate Erklärung bei.